LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/4116
08. 09. 2022

Antrag

der Fraktion der CDU

Ernährungssicherheit in Zeiten des Klimawandels bewahren – Voraussetzungen in der Landwirtschaft dafür schaffen und Vertrauen in die Politik wiederherstellen

Am 22. Juni veröffentlichte die Europäische Kommission das Naturschutz-Paket, bestehend aus der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur und der Verordnung zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden. Es besteht Einigkeit darüber, dass mehr Biodiversität und eine Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln angestrebt werden muss. Der Vorschlag der Europäischen Kommission schießt allerdings über das Ziel hinaus und ist an vielen Stellen zu einseitig gegen die Landwirtschaft gerichtet.

Ernteausfälle bei Grünland und Mais sind auf Grund des Klimas unvermeidbar in diesem Jahr. Deutschland kann sich derzeit mit den Grundnahrungsmitteln selbst versorgen, doch wie sieht es aus, wenn zukünftig in weiten Teilen der landwirtschaftlich genutzten Flächen die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln untersagt werden wird?

Drastische Ertragsverluste sind zu erwarten, bei Obst und Gemüse drohen sogar Totalausfälle. Auch ökologisch wirtschaftender Landbau ist auf Pflanzenschutzmittel im Kampf gegen Schädlinge angewiesen. Kupfer wird z. B. im Obst- und Weinbau eingesetzt, ansonsten muss mit erheblichen Einbußen oder sogar Totalausfällen gerechnet werden. Die EU-Kommission wird den Landwirten mit einem Verbot der Anwendung jeglicher Pflanzenschutzmittel auf Schutzgebietsflächen in weiten Teilen der Landwirtschaft auch noch eine weitere Grundlage für eine wirtschaftliche Produktion entziehen und somit letztendlich die Ernährungssicherheit gefährden. Der Regierungserklärung von Ministerpräsident Kurt Beck vom 30. Mai 2006 ist zu entnehmen, dass Schutzgebiete die bewusste und gewollte Ausnahme bilden sollen. Werden die Pläne der Europäischen Kommission umgesetzt, bilden zukünftig die landwirtschaftlich uneingeschränkt genutzten Flächen die Ausnahme.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Bundesregierung aufzufordern, das Verbot auf Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Schutzgebieten zu verhindern;
- das Vertrauen der Landwirtschaft in die Politik durch verbindliche Zusagen wiederherzustellen;
- die Chancen der Pflanzenschutzmittel-Reduktion durch die neuen Züchtungstechnologien durch landeseigene Initiativen zu nutzen;
- die Voraussetzung zu schaffen, dass Digital Farming für landwirtschaftliche Betriebe verfügbar/nutzbar ist.

Für die Fraktion:
Martin Brandl

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 9. September 2022 – Vorabdruck verteilt am 8. September 2022